

Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2010 · 49:316
DOI 10.1007/s00120-009-2226-7
© Springer-Verlag 2010

Redaktion

H. Jonitz, Darmstadt

+++ URO-Telegramm +++

Die umstrittene **Honorarreform** hat den niedergelassenen Ärzten in Deutschland mehr Geld gebracht als von der Politik zugesagt – berichtet „Welt online“ und beruft sich dabei auf die Aussagen des KBV-Chefs: „Versprochen hat uns die Politik eine Honorarsteigerung von 2,5 Milliarden Euro. Jetzt werden es fast 3,4 Milliarden Euro sein“, sagte Dr. Andreas Köhler dem Nachrichtenportal.



Andererseits: Die **Honorarreform** hat die Situation von Ärzten in der Region Nordrhein nach Ansicht der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNo) verschlechtert. Die Reform wirke dem allgemeinen Abwärtstrend beim Arzteinkommen entgegen, beklagt KVNo-Vorstand Dr. Peter Potthoff.



Für Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) ist das Modell einer **Kopfpauschale** im Gesundheitssystem ohne Alternative. „Es lohnt sich, neue Wege zu gehen. Es ist wesentlich gerechter“, verteidigte der Bundesgesundheitsminister sein Konzept kürzlich in der ARD-Talksendung „Beckmann“.



„Dem deutschen **Gesundheitswesen** steht nicht genügend Geld zur Verfügung, deshalb wird heimlich rationiert. Ziel dabei ist es, allen Menschen die optimale Therapie zu verschaffen“, sagte Bundesärztekam-

mer-Präsident Jörg-Dietrich Hoppe beim 7. Hauptstadtsymposium der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) und der Bundesärztekammer (BÄK



Der Kampf gegen den **Ärztmangel** wird die KV Sachsen-Anhalt nach eigener Einschätzung noch eine ganze Weile beschäftigen: „Die in den vergangenen zwei Jahren nur gering gesunkene Anzahl an Hausärzten ist dem längeren Arbeiten der Kollegen in der Praxis zu verdanken und bedeutet kein Ende des Schwunds der hausärztlich Tätigen in Sachsen-Anhalt“, betont KV-Chef Dr. Burkhard John.



Als „Humbug und Quatsch“ bezeichnet der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Dr. Andreas Köhler, die Forderung einiger Krankenkassen, der ambulanten Versorgung in diesem Jahr eine „**Nullrunde**“ zu verordnen. „Sobald es eng wird, fordert man eine Nullrunde für die ambulante Versorgung, das haben wir jetzt 19 Jahre erlebt“, sagte Köhler im KBV-Video zur „Frage der Woche“.



Mehr als jeder dritte Krankenhaus-Patient in Deutschland ist ein **Notfall**. Am häufigsten wurden diese 6,3 Millionen Patienten im Jahr 2008 wegen Kreislaufkrankungen in ein all-

gemeines Krankenhaus eingewiesen, gefolgt von Verletzungen und Vergiftungen. Dies berichtete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden.



Die **Altersgrenze für Vertragszahnärzte** hat wohl kaum noch eine Chance: Einem aktuellen Urteil des Europäischen Gerichtshofes zufolge ist die derzeitige Regelung inkohärent und diskriminierend – zumal es für die Behandlung von Privatpatienten keine Altersbeschränkungen gibt. Rechtsanwält Dr. Ronald Reichert aus Bonn hat den Gerichtsbeschluss analysiert.



Die **Arzneimittelausgaben** sind bei der KKH-Allianz 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 7,2 Prozent je Versicherten gestiegen. Rund 749 Millionen Euro hat die Krankenkasse nach eigenen Angaben für die Medikamente ihrer Versicherten im vergangenen Jahr ausgegeben. In diesem Zusammenhang versteht nun wirklich niemand mehr, warum die MwSt für Hotelübernachtungen erheblich gesenkt wird, die für Arzneimittel aber in voller Höhe bestehen bleibt!



Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) startet eine neue Initiative zur besseren **Ver-netzung** der im Gesundheitswesen Beteiligten. „Wir haben in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte bei der intensiveren Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Haus- und Fachärzten sowie den Krankenhäusern erzielt“, sagte KVBW-Vorsitzender Dr. Achim Hoffmann-Goldmayer am Samstag auf der „Medizin 2010“ in Stuttgart.



Der Verband der privaten Krankenversicherung (PKV) rückt von seiner Forderung nach einer **Öffnungsklausel** in einer neuen GOÄ oder GOZ nicht ab. Der Verbandsvorsitzende Reinhold Schulte forderte in einer aktuellen Stellungnahme die Politik auf, den Versicherern „Spielräume für leistungsgerechte Honorierungen“ zu sichern.



„DRG-Fortbildungsveranstaltung“

Es ist das Ziel der Bundesregierung, „das bestehende Belegarztsystem beizubehalten und zu stärken“. Dazu hat die KBV bereits einen wesentlichen Maßnahmenkatalog vorgestellt, der im Falle der Umsetzung die Zukunft des Belegarztsystems nachhaltig sichern würde. Dazu bedarf es aber flankierend auch der Mitwirkung der Belegärzte selbst, durch eine korrekte Kodierung die notwendigen DRG-Erlöse für ihre Krankenhäuser zu gewährleisten.

Der BDU bietet deshalb allen urologischen Belegärztinnen/-ärzten und den Kodierverantwortlichen der Krankenhäuser zielgerichtete **Fortbildungsveranstaltungen zum DRG-Fallpauschalensystem 2010** an, ergänzt durch eine ausführliche Beurteilung anstehender Entscheidungen zum Belegarztsystem.

Veranstaltungsorte und Termine:

27.2.2010 München
13.3.2010 Frankfurt
20.3.2010 Stuttgart

Nähere Auskunft:

BDU-Geschäftsstelle, Uerdinger Strasse 64, 40474 Düsseldorf,
Telefon: 0211-951 37 29